Nr. 72 * Ausgabe B Nr. 36
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 72

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 12. Februar 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Loucheur über die Ausfuhrsteuer.

Die französischen Gewerkschaften für den Wiederaufbau durch deutsche Arbeiter.

Paris, 12. Februar. (W. T. B.)

In der Senatskommission für die befreiten Gebiete hat auf Veranlassung von Senator Ribot gestern Minister Loucheur erklärt, die Ausfuhrsteuer müsse Deutschland nach dem Abkommen von Paris in Geld bezahlen. Für die feststehenden Zahlungen sei von den Pariser Sachverständigen beantragt worden, daß ein Teil in Geld, der andere in natura zu zahlen sei. Man spreche davon, 25 Prozent in Geld und 75 Prozent in Waren zu verlangen, seien es Kohlen, Holz oder andere Güter.

In einer Kundgebung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes an die organisierte Arbeiterschaft, in dem der Entwurf eines Mindestprogramms aufgestellt wird, heißt es an einer Stelle, das Programm des Wiederaufbaues der verwüsteten Gebiete beherrsche die ganze wirtschaftliche Tätigkeit der französischen Nation und müsse mit anderen Methoden als den bisherigen fortgesetzt werden. Es sei bedauerlich, daß die französische Regierung dem Anerbieten amerikanischer Mitarbeit und dem durch die syndikalistische Organisation erfolgten Angebot der Beteiligung deutscher Arbeiter nicht Folge gegeben habe. Diese Angebote, die nicht hinfällig geworden seien, müssen endlich in Erwägung gezogen und zum Wohle der Interessen der Geschädigten und des Landes benutzt werden.

Der „Temps" erklärt heute abend, er glaube zu wissen, daß die 20 Milliarden Goldmark, die Deutschland bis zum 1. Mai 1921 nach Artikel 235 des Versailler Vertrages zu zahlen habe, verwendet werden müssen 1. zur Rückzahlung der auf Grund der Kohlenlieferungen Deutschlands bewilligten Vorschüsse, 2. der Besetzungskosten nach dem Waffenstillstand, 3. zur Zahlung der Nahrungsmittel und Rohstoffe, die Deutschland bezahlt gewesen sei, auf dieses Konto zu beziehen. Wenn noch ein Rest bleibe, denn erst könne er auf Reparation verrechnet werden. Es scheine aber nicht, daß die bis jetzt von Deutschland geleisteten Zahlungen so hoch seien, daß ein Rest verbleibe. Das Blatt glaubt also nicht, daß die im Abkommen von Paris festgesetzten Jahreszahlungen durch diese Leistungen Deutschlands verringert würden.

Paris, 12. Februar. (E. E.)

Loucheur gab gestern einem Vertreter der Assoziated Preß ein Interview und versuchte dabei die 12prozentige Ausfuhrabgabe annehmbarer zu machen. Er sagte, daß man den Grundsatz dieser Abgabe im Auslande anscheinend nicht begriffen habe. In den Verhandlungen sei nie die Rede davon gewesen, Deutschland zu zwingen, die Ausfuhr mit einer neuen Steuer zu belegen. Man habe ein Mittel finden wollen, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen. (?) „Da die Zahlungen in Auslandswährungen erfolgen sollen, sagte Loucheur, muß die Höhe der deutschen Ausfuhr in Betracht gezogen werden. Man hat Deutschlands Preiszahlung in zwei Teile zerlegt, von denen die eine fest ist und ein Minimum darstellt, das vielleicht noch um ein geringes niedriger ist als die von den amerikanischen Sachverständigen auf der Pariser Friedenskonferenz stets als Mindestmaß bezeichnete Summe. Der zweite Teil der deutschen Entschädigungszahlungen ist wechselnd. Am Ende eines jeden Halbjahres wird die Höhe der deutschen Ausfuhr in Betracht gezogen und durch zwölf zu dividieren sein." Somit sei, schließt Loucheur, keine eigentliche Ausfuhrtaxe geplant, sondern die zwölf Prozent seien ein „einfaches Kalkulationsmittel" und jede andere Auslegung, die die deutsche Presse gebe, sei tendenziös gefärbt.

*

Die „authentische Interpretation" über die zwölfprozentige Ausfuhrtaxe, die Minister Loucheur einem amerikanischen Pressevertreter übermittelt hat, besagt nichts, was nicht schon bisher bekannt gewesen wäre, besonders nachdem bereits die italienischen Mitglieder des Pariser Ententerates erklärt haben, daß auf ihre Veranlassung, von einer eigentlichen Ausfuhrabgabe im technischen Sinne des Wortes abgesehen worden sei. Man hat sich in Paris darauf geeinigt, von Deutschland eine variable Zusatzsumme zu den festen Annuitäten zu fordern, die jeweils 12 Prozent des Wertes der deutschen Jahresausfuhr betragen und in Gold bezw. in Auslandsdevisen zahlbar sein soll. Wie Deutschland diese Summe aufbringen soll, ob in der Tat durch eine Belastung der Ausfuhr oder durch sonstige innere Steuern, sei seine interne Angelegenheit. In dieser Variation ist die Ausfuhrabgabe nicht ganz so bedenklich wie in der Form einer allgemeinen und gleichmäßigen Ausfuhrabgabe von 12 Prozent, die von allen einzelnen deutschen Exporten erhoben werden müßte. Denn erstens einmal würde bei einer solchen Regelung die Kontrolle der Entente über die deutsche Ausfuhr zwar nicht ganz fortfallen, aber sie würde doch wesentlich weniger eingreifend zu sein brauchen als bei einer technischen Ausfuhrabgabe. Ferner könnte Deutschland, wenn es überhaupt zur Aufbringung der geforderten variablen Summe einen Ausfuhrabgabentarif einführen würde, diesen nach den Bedürfnissen und Bedingungen seines Exports staffeln, d. h., es könnte manche Ausfuhrwaren je nach der Konkurrenzfähigkeit der einzelnen deutschen Waren niedriger, andere höher belasten. Diese Vorteile fallen aber nicht allzusehr ins Gewicht gegenüber den großen Lasten, die eine variable Zahlung in Höhe von 12 Prozent der deutschen Ausfuhr neben den schon an sich unerschwinglichen Annuitäten unter allen Umständen und in jeder Form dem deutschen Volk auferlegen müßte. Die Exportabgabe von 12 Prozent müßte so oder so aus unseren Exportüberschüssen bestritten werden, und es ist gar kein Gedanke daran, daß diese groß genug sein werden, um neben den Annuitäten von 2 bis 6 Milliarden Goldmark noch die variable Zahlung zu ermöglichen.

*

Staatssekretär Bergmann ist, wie wir hören, gestern abend nach Paris gereist. Er wird in einigen Tagen wieder nach Berlin zurückkehren.

Der polnische Reichstag.

Von unserem Korrespondenten
Wilm Stein.

Warschau, im Februar.

Der polnische Reichstag, Sejm genannt, gönnt sich eine kleine Ruhepause. Sie ist veranlaßt durch die „oberschlesische Woche" — eine Woche von Feiertagen und Festlichkeiten, von Kirchenandachten und Vorträgen, von Bällen und Straßensammlungen, deren materielle Erträge für den Propaganda- und Abstimmungsfonds bestimmt sind.

Den Parlamentariern kommt die Gelegenheit zum Ausruhen und Verschnaufen sehr erwünscht. Waren der Sitzungstage seit den Weihnachtsferien auch nicht viele, so haben sie doch besonders heiße Schlachten gebracht. Die Posener Autonomiedebatten und die Frage des Senats erhitzten die Gemüter, letztere sogar noch erheblich mehr als die erste. Mit Recht; denn in der Abstimmung über die Schaffung zweier Kammern (Senat und Sejm) fiel die Entscheidung über den Grundcharakter der kommenden polnischen Verfassung. Mit der Annahme des Senates ist der Einfluß der sozial hochstehenden Schichten, des Adels und des Klerus trotz ihrer geringen Zahl gegenüber dem Willen der Volksmasse fest verankert. Der jetzige „verfassunggebende" Sejm, die Konstituante der neuen polnischen Republik, wird aller Voraussicht nach der einzige Sejm bleiben, der sich mit einigem Rechte den Titel der Souveränität, der „Obersten Regierungsgewalt", beilegen konnte. Alle Zukunftshoffnungen der Rechtsparteien auf der einen Seite, der Mitte und der Linken auf der anderen, waren seit zwei Jahren auf die Annahme beziehungsweise auf die Ablehnung der Senatsparagraphen eingestellt. Es war daher eine der wichtigsten Sitzungen des polnischen Reichstags, als der Senat aus der Taufe gehoben wurde.

Die Warschauer Oeffentlichkeit nimmt an den Vorgängen in ihrem Parlament stets regsten Anteil, mit starkem Aufgebot an Leidenschaft und Begeisterung. Bis zum Tage, der den Senat brachte, kanonierte die Presse beider Seiten die Gegner nach besten Kräften: „Demokratie oder Reaktion", „Herrschaft des Volkes oder der Junker" — so und ähnlich klang die Formel aus den morgens und abends auf die Bürger des Landes niedersausenden Leitartikeln. „Nur Verfassung und Senat können Polen retten", „der Senat bedeutet den Aufschwung Polens" gelten die dünnen, schrillen Stimmen der Zeitungsverkäufer — zumeist halbwüchsiger oder kaum flügger Bengels — durch die Straßen, wenn sie im Solde der Rechtspresse standen. „Nieder mit dem Senat!" schrien die Jungens der sozialistischen Blätter, der fetten Ueberschrift ihrer Verkaufsobjekte entsprechend.

*

Im „schöneren Warschau", das heißt in dem baumbestandenen, park- und villenreichen Stadtteil des großen Schönwetter-Bummel-Boulevards, der beneidete Wohngegend der mit zeitlichen Gütern besonders Begnadeten, nahe der Ujazdowska-Allee, die zum Belvedereschloß — traditioneller Residenz der Herrscher über Polen — führt, liegt auch das Sejmgebäude. Man hat bei Wiedererrichtung des Polenstaates neben dem altehrwürdigen Stadtschlosse der altpolnischen Könige manch trefflichen Schloß- und Palaisbau aus der Zeit der prunkliebenden Sachsenkönige übernehmen können; auch eine hübsche Reihe mit östlicher Großzügigkeit ausgebauter russischer Verwaltungsgebäude konnte man mit den neuen polnischen Ministerien bevölkern — aber ein Parlamentsgebäude gab es in Warschau nicht. Als der letzte Sejm eines selbständigen Polen vor mehr als einem Jahrhundert hier tagte, brauchte man noch keine Fraktionszimmer, keine Wandelgänge zum Meinungsaustausch, keine Stenographenbureaus usw. . . .

Der neue polnische Sejm hat dennoch ein Heim gefunden: inmitten eines lauschigen Gartens gaben die Räume eines vornehmen russischen Mädchenerziehungsheims durch geschickten Umbau eine zwar herzlich einfache, aber doch für modernes parlamentarisches Leben brauchbare Unterkunft ab. An die Stelle der russischen Obergouvernante, die im Ballsaale die ersten Flirtversuche der Schar im Flügelkleidchen überwachte, ist jetzt die imposante, die meisten Zeitgenossen überragende, wuchtige Erscheinung des Sejmmarschalls getreten. Seine unbewegte Ruhe bannt vom hohen Präsidentensitz aus die erregten Gemüter der Volksendlinge in die Grenzen parlamentarischer Sittengesetze. Auf den Emporen der Musik, der strahlenden Eltern und Ballmütter, ist Platz für Presse und Publikum geschaffen.

Wenn der Warschauer Bourgeois, dessen Herz bei den Rechtsparteien, insbesondere bei der Nationaldemokratie steht, seinen jetzigen Reichstag in Stunden schlechter Laune ein „Bauernparlament" nennt, von dem er sich nicht regieren lassen will, so hat er damit nicht ganz unrecht. Die Mitte des Saales sitzt breitschultrig, ruhig und selbstbewußt, wie eine Felseninsel zwischen Rechts und Links. An ihr spritzen die Zwischenrufe von Rechts und Links empor, die förmlichen kleinen Spezialdebatten der in herüber- und hinüberprasselnder Erregung einander angreifenden beiden Außenseiten des Hauses brauden gegen sie an. Die unerregte Mitte gehört den Bauern. Ein kräftiger gesunder Erdduft scheint von dem Zentrum auszugehen, der die Nerven beruhigt, die Hitze der Atmosphäre mildert. Das Auge des Publikums freut sich an den gedrungen stämmigen Gestalten, in deren Reihe bunte Nationaltrachten der Bauern von Lowicz und von Tatrarande das Bild beleben. Die Mitte kann ohne Aufwand von Leidenschaft dem parlamentarischen Getümmel mit breitem Lächeln zusehen — ihr Wert steht fest; ihre Stellung ist unantastbar; nach Zahl und Gruppierung geht's nicht ohne sie im Reichstag; ohne sie kann niemand in Polen regieren. Ihr Mann ist der Ministerpräsident Witos, der am weißen Rednerpult im krawattenlosen Hemd unter dunkler Jacke und in den gewohnten ländlichen Schaftstiefeln die Regierungsdeklaration verliest.

Der Millionenschieber „Konsul" Simon

Helfferichs Gewährsmann.

Die „Germania" veröffentlicht die Charakteristik eines der Kampfwerkämpfer gegen Erzberger, dem zugleich Herr Helfferich viel von seinem Material verdankt. Die Auslassungen der „Germania" lauten:

„Verliner Blätter bringen die Nachricht, daß der angebliche „Konsul" Simon, der in einen großen Millionenschieberprozeß verwickelt ist, sich im Auto ins Ausland begeben habe. Dieser „Konsul" Simon hat vor einigen Wochen sich noch öffentlich vor gegenüber Zeugen gerühmt, daß er der Arrangeur der Attentate des früheren Reichsfinanzministers Erzberger gerichteten Agitation ist. Er habe keine Geldmittel gescheut, um Erzberger mit allen erdenklichen Mitteln zu bekämpfen, und ein großer Teil der Presse habe sich ihm zur Verfügung gestellt. Durch seine Organisation habe auch **Helfferich das meiste Material gegen Erzberger erhalten.** Nun ist er im Auto ins Ausland geflüchtet, um Deutschland auf absehbare Zeit nicht wiederzusehen. „Konsul" Simon war bis zu seinem Verschwinden aus Deutschland nicht nur **eingeschriebenes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei,** sondern gab sich auch als Vertrauensmann aus und zeigte sich recht eingeweiht in ganz interne Parteiangelegenheiten. Simon nannte sich „Konsul", auch auf seinen Visitenkarten. Diesen Titel führt er zu Unrecht. Die Akten des Landgerichts Mannheim geben darüber Aufschluß; denn dort wurde der Herr „Konsul" **bereits mehrfach wegen unberechtigter Führung des Titels bestraft.** Er hat sich auch den Doktortitel zu Unrecht beigelegt. Während des Krieges kleidete er sich in die Leutnantsuniform eines unserer vornehmsten früheren Unternehmen'er, bis ihn ein Schutzmann in Frankfurt verhaftete. Auch die **Orden,** die er dabei trug, hat er **sich selbst verliehen.** Als in Mannheim nach der Revolution bei dem Zumult das Polizeipräsidium gestürmt wurde, sind gerade die Strafregisterakten des Herrn Simon verschwunden, während die Akten aller anderen Leute mit dem Buchstaben S. sich noch vorfanden. Als die Revolution sich abgeschwächt hatte, stellte der so vielgewandte Mann sich der neuen Regierung zur Verfügung, die ihn aber ablehnte. Trotz seiner jüdischen Abstammung trug er eine Hakenkreuznadel und verzierte auch sein Auto mit einem mächtigen Hakenkreuz.

Durch Vermittelung eines höheren Offiziers suchte er im Sommer 1920 den Reichsfinanzminister Erzberger zu sprechen und bot ihm eine Forderung von zirka 60 Millionen Mark für Verluste an einer Pulverfabrik, bei der er interessiert war. Dieser Forderung konnte aus rechtlichen und sachlichen Gründen nicht entsprochen werden. Seither hat der „Konsul" Simon recht schlecht auf den Reichsfinanzminister zu sprechen. Er hat sich selbst gerühmt, daß er eine Riesenagitation gegen diesen einleiten werde und, wie erwähnt, noch vor wenigen Tagen zum Ausdruck gebracht, daß er der verborgene Leiter der ganzen Pressehetze gegen Erzberger sei.

Während des Kapp-Putsches stellte er sein Auto General Ludendorff zur Verfügung, der dasselbe auch benutzte. Trotz seines Aufdrängens konnte die um Minister verlegene Kapp-Regierung dem „Konsul" Simon nicht den angestrebten Ministerposten verleihen. Um so erfolgreicher war er bei den **Millionenschiebungen um Bezugsscheine von Sprit.** An der Spitze dieser Schiebungen stand ein Herr Cohen, dem man nachsagt, daß er 70 Millionen Mark verdient habe, und der jetzt in ein Sanatorium überführt wurde, nachdem er am 8. Januar verhaftet worden war. Seine Mitarbeiter an diesem Geschäft, Marx und der eben erwähnte Simon, haben sich in den letzten Tagen zusammen „ins Ausland begeben".

Dieser Mann ist der geistige Leiter der Erzberger-Hetze und der Vertrauensmann der Deutschnationalen Volkspartei."

Diese Enthüllungen sind ein neuer Beweis für die „Reinlichkeit" der Motive, von denen sich die Deutschnationalen bei ihrem „Kampf gegen die Korruption" haben leiten lassen.

Bevorstehende Aufhebung der Nachtarbeit in der Industrie.

Größere ausländische Kohlenimporte.

Die seit längerer Zeit zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden gepflogenen Verhandlungen haben jetzt, wie wir hören, dazu geführt, daß durch Zukauf ausländischer Kohle (in erster Linie englischer) die durch Kohlenstandsverordnung eingeführte vermehrte Stromentnahme während der Nachtzeit und die damit verbundene Nachtschicht schon in den nächsten Tagen aufgehoben werden kann. Die Betriebe, in denen Nachtarbeit eingeführt war, werden also in aller Kürze von der Nachtarbeit absehen können.

Harding für Weltabrüstung.

(Telegramm.)

London, 12. Februar. (W. T. B.)

Wie aus New-York gemeldet wird, hat Harding seine volle Sympathie mit dem Gedanken der Abrüstung ausgesprochen. Er erklärte, er wolle alles tun, um die Mitarbeit der Vereinigten Staaten für die Weltabrüstung zustande zu bringen.